

Bern, 7. März 2023

Medieninformation

Psychische Gesundheit im Kanton Bern

Versorgungskrise angehen: Fachorganisationen richten einen Appell an die Berner Politik

Immer mehr Menschen sind psychisch belastet. Besonders bei Kindern, Jugendlichen und jungen Frauen haben depressive Symptome oder Ängste und Stress stark zugenommen. Dem steht ein Versorgungssystem gegenüber, das am Anschlag läuft und den grossen Bedarf nicht mehr decken kann. Mehrere Fachorganisationen und Verbände rufen die Berner Politik in einem gemeinsamen Appell deshalb dazu auf, rasch und entschieden gegen diese Versorgungskrise vorzugehen.

Dass die Versorgungskrise real ist, zeigen Daten und Studien sowie immer mehr Berichte von Fachpersonen und Institutionen aus ihrem Alltag: Das Versorgungssystem kommt mit dem gestiegenen Bedarf nicht mehr zurecht. Es leidet unter dem Fachkräftemangel, der sich seit Jahren zuspitzt. Die Folgen sind zunehmend gravierende Versorgungslücken und lange Wartezeiten.

Lange Wartezeiten mit hohen Folgekosten

„Selbst Suizidgefährdete müssen heute lange auf einen Behandlungsplatz warten“, heisst es im gemeinsamen Appell. In vielen Fällen drohe durch Wartezeiten eine Eskalation. So würden etwa stationäre Aufenthalte nötig, wo eine frühe Beratung, eine niederschwellige Intervention oder eine ambulante Behandlung ausreichend gewesen wären. Wegen fehlender oder zu später Abklärungen und Behandlungen chronifizieren sich psychische Erkrankungen, was längere Therapien notwendig macht und zu langen Arbeitsausfällen führt oder sogar zum Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Nebst individuellem Leid bedeutet das vor allem auch hohe Kosten.

Bestehende Ressourcen stärken, mehr Nachwuchs ausbilden

Ein Haupttreiber sei der Personalmangel. Die beteiligten Organisationen fordern die konsequente Umsetzung von Massnahmen gegen den Fachkräftemangel und eine Ausbildungsoffensive bei allen Berufen und Angeboten der Versorgungskette, von der niederschweligen Beratung bis zu Pflegenden in Kliniken und Psychiater:innen. Um die Situation kurzfristig zu verbessern, müssten jedoch bestehende Ressourcen gestärkt werden. Kapazitäten von bewährten niederschweligen Angeboten der Prävention, der Früherkennung und der Frühintervention wie z.B. Schulsozialarbeit müssten ausgebaut werden. „Prävention macht Menschen krisenresistenter, mit Früherkennung und Frühintervention lassen sich teure Eskalationen verhindern“,

heisst es im Papier. Zudem liege in der besseren Koordination der verschiedenen Akteure an den Therapieübergängen noch einiges Effizienzpotenzial.

Appell an die Politik

Die beteiligten Organisationen fordern die politisch Verantwortlichen auf, jetzt entschieden zu handeln. Rasche Gegenmassnahmen sind angesichts der aktuellen Situation alternativlos. „Alles andere, als jetzt zu handeln, kommt uns als Gesellschaft teuer zu stehen, und das eher früher als später.“ Eine weitere Forderung lautet denn auch: „Alle Akteure an einen Tisch“. Das Mittel der Taskforce sei ein bewährtes Instrument der Krisenbewältigung. Und genau darum handelt es sich: um eine Krise des Versorgungssystems.

Kontakte:

Dr. med. Patrick Weihs
Präsident Bernische Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie (BGPP)
076 501 33 12; patrick.weihs@hjbe.ch

Christian Ryser
Geschäftsführer Stiftung Berner Gesundheit
078 815 67 00; christian.ryser@beges.ch

Dr. med. Bigna Keller
Präsidentin Bernische Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie (BGKJPP)
Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie FMH
079 466 48 54; sekretariat@bgkjpp.ch

Der Appell wird unterstützt von: Berner Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie ([BGPP](#)), Bernische Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie ([BGKJPP](#)), Stiftung [Berner Gesundheit](#), Verein Berner Haus- und Kinderärzt:innen ([VBHK](#)), Berufsverband [Bildung Bern](#), [Pro Juventute](#), Verband Berner Psychologinnen und Psychologen ([VBP](#))